

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Abend-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6000-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen  
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 2.50 monatlich, M. 11.40 vierteljährlich, ohne  
Ergolohn; durch die Post bezogen: M. 3.50 monatlich, M. 16.50 vierteljährlich, mit  
Ergolohn. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabeämter, die Träger und alle  
Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Verzögerungen oder Streiks haben die Be-  
zieher keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreise: Erstliche Anzeigen M. 1.25, auswärtige Anzeigen M. 1.50, dritte Anzeigen M. 1.00, —  
auswärtige Anzeigen M. 1.25, — für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wieder-  
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachsch. — Schluss der Anzeigen-  
annahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an  
vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W. 9, Poststraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Samstag, 25. Juni 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 290. • 69. Jahrgang.

## Demokratisierung der Verwaltung

Man hat in Preußen nach einer Demokratisierung der Verwaltung nicht erst seit der Revolution gerufen. Auch als wir noch königlich waren, das Dreiklassenparlament bestand und ihm als weiterer Hemmschuh, gelegentlich aber auch als Instrument gelinden, zugegeben sehr gelinden Fortschritts die Herren-Kurie zur Seite ging, hat man ähnliche Wünsche zu äußern nicht aufgehört. Nur daß man's damals anders nannte. Man sagte, je nachdem, über die Bevorzugung des Adels, des Junkertums, der konservativ gerichteten Obedienten in der Verwaltung, und in solchen Klagen, die vielfach schon rechtlich gerechtfertigte Anklagen waren, trafen sich, nur in der Nuance verschieden, Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberale. Das alles war sicher nicht unbedeutend. Gewiß hatte Preußen durch 50 Jahre, etwa von 1820 bis 1870 und darüber hinaus ein im Kern liberales Beamtentum gehabt. Eines, das noch der Geist der Stein, der Hardenberg und Schoen über-  
schattete und dem es zu verdanken gewesen ist, daß nicht alle reaktionären Triebe unter Friedrich Wilhelm III. und seinem Nachfolger zu voller Blüte gediehen. Aber dann kam der Wandel der Bismarckschen inneren Politik und es kam Puttkamer. Und wenn es nach dessen Sturz auch wieder ein wenig besser wurde, die Puttkameri hat bis in den Anfang unseres Jahrhunderts, daß vielleicht sogar bis in den Krieg hinein fortgewirkt.

Demokratisierung der Verwaltung, soweit darunter die Beseitigung der nicht gesetzlich fixierten, aber tatsächlichen Privilegien bestimmter enger Schichten verstanden wurde, war also notwendig und konnte heilsam sein. Nur daß leider die Entwicklung seither diesen Weg nicht gegangen ist und wir allgemach an dem Punkt angelangt sind, wo auch in diesen Ständen Wohl-  
tat zur Plage zu werden beginnt. Solange Herr Heine mit Unsicht und geläutertem Verständnis für die Staatsbedürfnisse der preussischen Verwaltung vorstand, war das Schlimmste immer noch abgewandt worden. Auch er hatte im stillen geseufzt unter dem steten, gar nicht säublichen Druck der machtlustigen Partei-  
klänge, hatte um des lieben Friedens willen den ewig nicht ausbleibenden gelegentlichen Wohl einen Knochen hingeworfen. Aber da er schließlich „auch einer“ war, hatte er zur Not sich noch immer durchzusetzen gewußt. Unter seinen Nachfolgern und vor allem unter den Ein-  
wirkungen des Rapp-Buttsches hat sich das sehr gründlich geändert. Nun verlangt unter Hinweis auf ihre be-  
währte republikanische Gesinnung die Sozialdemokratie als ihr gutes Recht, was in vielen Fällen schreiendes Unrecht war und die frisch vom Redaktionsstuhl irgend eines kleinen Provinzialblattes geholten Regierungs-  
präsidenten wurden Mobe wie die Herren Landräte, denen die Geheimnisse der deutschen Rechtschreibung nicht immer vertraut waren und die auf den Kreis-  
tagen ihren politischen Gegnern wohl bisweilen höchst kollegialiter ein „halt's Maul“ zubonneten. Das war nun freilich keine Demokratisierung mehr, war ledig-  
lich die Ersetzung eines Privilegs durch ein anderes, einer Parteiherrschaft durch eine neue, wobei man bei ruhiger, vorurteilsfreier Betrachtung der alten noch unbedingt den Vorrang geben dürfen wird. Denn diese alten Landräte und Regierungspräsidenten kannten doch wenigstens ihr Metier und ihre Pflichten gegen die Gesamtheit. Die neuen fühlten sich nicht selten aus-  
schließlich als die Sachwalter und Vertrauensmänner der Partei, auf deren Betreiben sie ins Amt gekommen, und bisweilen — in der Provinz Sachsen hat man's während der März-Unruhen schauernd erlebt — scheuten sie sich auch nicht, gegen Regierung und Ge-  
samtheit Front zu machen. Die Beamenschaft hat jedenfalls aufgehört, ein einheitliches, jederzeit brauch-  
bares und williges Instrument in den Händen der Staatsverwaltung zu sein. Die hat, wenn sie Direk-  
tionen hinausgehen läßt, längst nicht mehr die Gewähr, daß sie auch befolgt werden. Mit dem auf den Knopf-  
drücken ist es nicht mehr getan und auch einsichtige Sozialdemokraten verkennen nicht — wenn schon sie von solcher Erkenntnis nicht gern öffentlich Gebrauch machen —, daß das Räderwerk in Gefahr gerät, eines Tages stillzustehen. Der Nachwuchs wird spärlich. Gerade die Besten überlegen sich's heute dreimal, ehe sie sich dazu entschließen, zur Verwaltung zu gehen. Wenn man keine Gewähr hat, vorwärtszukommen, wenn dem Affessor mit mindestens 7 Jahren Studium und Vor-  
bereitungsdienst aus durchaus unsachlichen Gründen der erste beste Metallstreifen oder Bierwirt vorgezogen werden kann, ersticht die Neigung, sich einer Laufbahn zu widmen, in der nach wie vor keine Schätze, wohl aber Verdruß, Zurücksetzung und Kränkung zu gewinnen sind. Im ganzen Süden, in Bayern, Württemberg, Baden hat man sich gehütet, an der herkömmlichen Praxis zu rütteln. Nur in dem größten deutschen Ver-

waltungsstaat hat man unter der Vorherrschaft der Sozialdemokratie experimentieren zu müssen geglaubt und ungekult, zum Teil sogar recht unfähige Land-  
räte auf die Menschheit losgelassen. Mit dem Erfolg, daß der Apparat zu stocken beginnt und die Bedörf-  
erung, für die doch schließlich die Beamten da sind, den Schaden hat. Das Mißtrauen hat sich in die Ver-  
waltungen eingeschlichen. Berichte — wer die Verhält-  
nisse auf dem flachen Lande kennt, weiß es aus eigener, häufig schmerzlicher Erfahrung — bleiben einfach liegen. Der sozialdemokratische Landrat traut dem bürger-  
lichen Amts- und Gemeindevorsteher nicht und umge-  
kehrt der sozialdemokratische Amtsvorsteher nicht dem bürgerlichen Landrat.

Wenn Schlagworte nicht den Sinn verwirren, der wird daraus aus den Ausschussberatungen in der preu-  
ßischen Landtute mit einiger Genugtuung entnommen haben, daß Herr Dominicus mit diesen Bräuchen zu brechen entschlossen ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß Männer, die sich mit dem, was in den letzten 2 1/2 Jahren wurde, nicht auszuföhnen vermochten und die in solchem Geist öffentlich und agitatorisch sich be-  
tätigen, die Konsequenzen zu ziehen und auszuschleiden haben. Aber ebenso unerträglich ist der mehrheits-  
sozialistische und unabhängige Landrat, der sich in erster Reihe als Parteimann fühlt und durch die Art seines Auftretens den andersgestimmten Kreis-  
eingesessenen auf die Nerven fällt. Taktvolle und zurück-  
haltende Leute brauchen in diesen gärenden Zeitläufen die Staatsverwaltung. Und vor allem gekulte und ordnungsmäßig vorgebildete Männer. Daneben wird für den einen oder anderen Politiker, der wirklich eine abgerundete Persönlichkeit ist, immer noch Platz sein. Aber bei der Natur der menschlichen Dinge werden sie doch nur die Ausnahme sein können, die Regel muß in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft der gekulte Beamte sein!

### Allierter Einspruch gegen die Erwerbslosenunterstützung

D. Basel, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Pariser „Temps“ meldet, daß sich die internationalisierte Kontrollkommission gegen die jetzige Höhe der Erwerbslosenunterstützung in Deutschland ausgesprochen habe mit der Begründung, daß die deutsche Unterstützung doppelt so hoch sei wie die der alliierten Länder, wo ein Teil der Unterstützung von den Gewerkschaften getragen wird.

### Ein Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

Br. Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Unter Ver-  
mittlung von Vertretern der Industrie, des Handwerks, der autonomen Reichs- und Landesbehörden und parlamen-  
tarischer Kreise ist das Reichskuratorium für Wirtschaftlich-  
keit in Industrie und Handwerk gegründet worden, dessen Aufgabe es ist, die bisher zerstückelte, auf die Hebung der Wirtschaftlichkeit der industriellen und gewerblichen Produktion gerichtete Arbeit zusammenzufassen und weiter auszugestalten. Demgemäß will es die Bestrebungen zur Steigerung der Produktion in bezug auf Qualität und Quantität zusammenfassen.

### Das Gesetz über den Abzug der Einkommensteuer

Br. Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Steuer-  
ausschuss des Reichstags wurde gemäß den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes zur Vorberatung der Frage der steuerfreien Erneuerungsfonds eine Kommission ge-  
wählt mit der Aufgabe, diese Materie vorzubereiten. Dann wurde in die Beratung des Gesetzes über den Abzug der Einkommensteuer vom Arbeitslohn einge-  
treten. Regierungseitig wurde das Gesetz damit begründet, daß das bisherige Veranlagungsergebnis bei Einkommen, die dem Einkommensteuervertrag von 10 Prozent unterliegen, zum erheblichen Teil für die Steuerpflichtigen wie für die Finanzämter im Verhältnis zur angewandten Zeit und Arbeit stehe. Deshalb wurde bereits bei der Beratung der letzten Einkommensteuernovelle vom Steueraus-  
schuss des Reichstags die Anregung gegeben, die Kürzung des Arbeits-  
lohnes los auszugestalten, daß sie die endgültige Einkommen-  
steuer darstellt. Eine längere Debatte brachte die Frage der Abzugsfähigkeit der sog. Werbefolgen vom Einkommen. Zur Klärung dieser schwierigen Materie wurde ein Unter-  
ausschuss eingesetzt.

### Der Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates

Br. Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach kurzer  
Pause leitet der Reparationsausschuss des Reichswirtschafts-  
rates seine Beratungen am Dienstag, den 28., und Mitt-  
woch, den 29. Juni, fort. Die bereits angekündigte Rede  
über das Reparations- und Deckungsprogramm wird der  
Reichskanzler Dr. Brüning am Mittwoch, den 29. Juni,  
vormittags 10.30 Uhr, halten.

### Ein Schiedsspruch zum Reichsarbeitsvertrag

Dz. Berlin, 25. Juni. Der vom Reichsarbeitsminister  
für die Erneuerung des Reichsarbeitsvertrags ein-  
gesetzte Schiedsausschuss hat, wie der Deutsche Ban-  
kenverein mitteilt, einen Schiedsspruch gefällt, der  
folgendes vorliegt: Erhöhung der Teuerungszulage für  
sämtliche Angestellte, Arbeiter und Bureauarbeitskräfte  
eine Teuerungszulage von 400 M., eine Steigerung der  
festen Einkommenbezüge für kaufmännische Angestellte vom  
6. bis 15. Berufsjahr um 1000 M., vom 16. bis 20. Berufs-  
jahr um 2000 M.; für gewerbliche Arbeiter und Angestellte  
vom 6. bis 15. Dienstjahr um 500 M., vom 16. bis 25. Dienst-  
jahr um 1000 M., vom 26. bis 30. Dienstjahr um 2000 M.;  
eine Erhöhung der Teuerungszulage für Lehrlinge von  
1800 auf 2000 M. und der Kindersulage auf 1000 bzw.  
1200 bzw. 1500 M.

## Deutscher Reichstag.

Br. Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Freitag-  
sitzung des Reichstags wurde mit Erledigung kleiner An-  
fragen eingeleitet. Das Haus war so schwach besucht, daß  
man bei der ersten Abstimmung, die bereits einen Damm-  
sprung notwendig machte, feststellen mußte, daß es nicht  
beschlussfähig war. Das Gesetz betr. den Staatsver-  
trag über den Übergang der Wasserstraßen  
auf das Reich, wurde einem Ausschuss überwiesen. Der  
Gesetzentwurf wegen Überleitung der Rechtsangelegenheiten  
der Konulargerichte wurde in zweiter  
und dritter Lesung debattiert und genehmigt. Das Gesetz über  
die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlen-  
steuergesetzes bis zum 31. März 1922 rief eine kurze  
Debatte hervor, wurde aber sodann in der Ausnahmefassung  
in zweiter und dritter Lesung angenommen. Als man über  
eine Entschließung wegen

### Sozialisierung des Bergbaues

abstimmen wollte, kam es zu dem bereits erwähnten  
Dammesprung und einer Unterbrechung der Sitzung. Da  
auch die neue Sitzung nicht beschlussfähig war, zogen die  
Unabhängigen ihre Resolution zurück, um den Gang der  
Gesetze nicht aufzuhalten, und es folgte nunmehr die dritte  
Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof.  
Auch hierüber wurde die Abstimmung vertagt. Erst die  
Beratung über das

### Reichsnachtragsgesetz

führte eine lebhaftere Debatte herbei, da die Deutschnatio-  
nalen unter Führung Heilerichs eine große Anzahl  
Anträge eingebracht hatten. Die Unabhängigen und Kom-  
munisten machten sich die günstige Gelegenheit zunutze, um  
ihre Ständepolitik, den Kampf gegen die kapitalistische Welt-  
ordnung, zu reiten, während die Rechte das Reichsnachtrags-  
gesetz als Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise  
sahen. Die Debatte wurde vertagt, um ein-  
mal den Kommunisten ein paar Wahrheiten zu sagen und  
ihre Behauptungen auf das richtige Maß zurückzuführen.  
Als der Reichskanzler aber von törichten Reden sprach, die  
gehalten wurden, griff Reichspräsident Dr. Ebert ein und  
meinte unter der Heiterkeit des Hauses, daß im Reichstag  
niemals törichte Reden gehalten würden. Die Sozialdemo-  
kraten erklärten, trotz einiger Bedenken der Vorlage zu-  
stimmen zu wollen. Als es zur Abstimmung kam, wurde  
der Gesetzentwurf in der Ausnahmefassung in zweiter und  
gleich darauf auch in dritter Lesung angenommen.

### Nachtragsgesetz

fort. Beim Etat des Reichswirtschaftsrates kam  
hier, wie auch in der Kommission, die Frage der Frei-  
fabrikation für die Mitglieder des Reichswirtschafts-  
rates zur Sprache. Die Kommission hatte nämlich die Frei-  
fabrikation gelehrt. Auch der Reichstag nahm mit ge-  
ringer Mehrheit diesen Kommissionsbeschluss an. Ohne  
weitere Debatte wurden die Etats des Reichswirtschafts-  
rates und des Reichsfinanzministeriums ange-  
nommen. Erst bei dem Etat des Reichswirtschaftsmini-  
steriums kam es zu einer kurzen Debatte. Nachdem auch  
dieser Etat angenommen worden war, nahm man eine An-  
zahl Ausschussberichte entgegen.

### Erweiterung des Versicherungsgesetzes für Angestellte

Der deutschnationale Redner Lam bach wies auf den  
Widerstand in der Angestelltenkammer gegen das Gesetz hin.  
Der Zentrumredner Andre gab zu, daß das Angestellten-  
versicherungsgesetz sehr verbesserungsbedürftig sei. Bis  
eine grundlegende Reform käme, müsse man dieses Gesetz  
so schnell wie möglich verabschieden. Der Abg. Thiel  
(D. Vnt.) bemängelte die Leistungen der Angestelltenver-  
sicherung, die verbessert werden müßten, und behielt sich  
Anträge für die Ausschussberatungen vor. Der unabhängige  
Abg. Aufhäuser übte scharfe Kritik an dem gesamten  
Gesetzentwurf, und dem Kommunisten Barth fiel die  
ganze Wirtschaft nicht. Der Entwurf wurde dann nach einer  
Reihe persönlicher Bemerkungen dem sozialpolitischen Aus-  
schuss überwiesen und man vertagte sich auf Samstag,  
12. Uhr.

### Die Interpellation über das Grubenunglück

Dz. Berlin, 25. Juni. Der anlässlich des Unglücks auf  
der Zeche „Wons Genis“ gebildete parlamentarische Unter-  
suchungsausschuss hat sich laut „Vorwärts“ gestern abend  
nach Berna begeben. Dem gleichen Blatte zufolge wird  
die Interpellation über das Grubenunglück am  
Dienstag zur Behandlung kommen.

### Aus dem sozialen Ausschuss

Br. Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der soziale  
Ausschuss des Reichstags erledigte gestern das Wehr-  
machtsverordnungs-gesetz in zweiter Lesung. Der  
Wunsch des Ausschusses ging dahin, zu versuchen, daß das  
Gesetz noch in der gegenwärtigen Reichstagsession zur Be-  
schlußfassung gelangen soll. Sodann trat der Ausschuss in  
eine Besprechung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die  
Verordnung der Altrentner, ein. Die Aussprache  
ließ darauf hinaus, diesen Entwurf dem Reichstag, ohne  
Änderungen daran vorzunehmen, zur Annahme zu em-  
pfehlen. Zum Schluss erledigte der Ausschuss noch einige  
Petitionen.

### Die Erwerbslosenfürsorge

Br. Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im Volks-  
wirtschaftsausschuss des Reichstags wurde die Beratung  
über die Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt. Nach längerer  
Debatte beschloß der Ausschuss, einen Unterausschuss  
zur Vorbereitung der zahlreichen die Erwerbslosenfürsorge  
betreffenden Anträge einzusetzen und vertagte sich auf  
Dienstag.

### Das heftige Besoldungsgesetz beanstandet

W. T.-B. Darmstadt, 24. Juni. Nach einer gestern dem  
heftigen Finanzministerium aus Berlin zuge-  
gangenen Nachricht hat die Reichsregierung das von  
dem heftigen Landtag genehmigte Besoldungsgesetz auf  
Grund des Spargesetzes beanstandet.

## Um die Fortsetzung der Wiesbadener Gespräche.

D. Paris, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die polnische Aufmerksamkeit konzentriert sich hier auf die Fortsetzung der Verhandlungen von Wiesbaden, die bekanntlich in Paris am 27. Juni stattfinden sollen. Die deutschen Bevollmächtigten werden am Samstagabend hier eintreffen und die Verhandlungen am Montag beginnen. Gleichzeitig wird Sorge getragen, England und Italien von den in Wiesbaden erfolgten Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. In Italien scheint es einigermaßen befremdet zu haben, daß man nicht von Anfang an auf dem laufenden gehalten wurde. Dieser Meinungsverschiedenheit zwischen deutschen und französischen Bevollmächtigten wird die Grundlage zum Arbeitsprogramm der nächsten Tagung des Obersten Rates gegeben, die am 17. Juli stattfinden wird.

## Erklärungen Briands im Auszug für Auswärtiges.

Dz. Paris, 24. Juni. (Havas.) Der Kammerpräsident für auswärtige Angelegenheiten hat die Erklärungen Briands über die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik entgegengenommen. Die Erklärungen enthielten in ihren großen Abzügen denjenigen, die er kürzlich vor dem Senatsausschuß abgegeben hat. Briand erklärte die Beibehaltung der Sanktionen für notwendig. Bezüglich der Wiesbadener Besprechungen bemerkte er, daß der Minister der beletzten Gebiete den Eindruck zurückgebracht habe, daß die deutsche Regierung mit gutem Willen einen Plan tatsächlicher und praktischer Mitarbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete habe. Über Oberschlesien bemerkte der Ministerpräsident, daß die in Gang befindlichen Verhandlungen eine den Ansichten Frankreichs entsprechende Lösung erwarten ließen. Im Orient müsse die von der Entente vorgeschlagene Vermittlung ins Werk gesetzt werden. Die Angelegenheit des Emirats Fessal erklärte er als eine rein englische Frage. Die französische Regierung würde sich nur einmischen, um gewisse Garantien, wie die Festhaltung einer der Souveränität des Emirats entzogenen Zone, zu erlangen. Der Ministerpräsident bemerkte zum Schluß, daß er das genaue Datum des Zusammentritts des Obersten Rates noch nicht voraussagen könne, da sich die Sachverständigen erst über die ihnen vorgelegten Vorschläge einig und diese dann von den alliierten Regierungschefs geprüft werden müßten. — Leagues dankte Briand für seine Erklärungen.

## Für Aufhebung der Sanktionen.

Dz. London, 25. Juni. Der „Manchester Guardian“ tritt in einem Leitartikel für die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Deutschland ein. Das Blatt fragt, welches Recht die alliierten Truppen hätten, in Düsseldorf zu bleiben, und mit welchem Rechte man weiterhin die Zollschranken der Alliierten zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland aufrechterhalte.

## Keine Zahlungen in Dollar mehr.

D. Paris, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Infolge des Einflusses der letzten deutschen Zahlungen in Dollar auf den Wechselkurs ausgesetzt haben (Zahlung in Dollar und Baile in den übrigen Devisen) hat die Reparationskommission beschlossen, Deutschland bis auf weiteres für seine weiteren Zahlungen von der Verpflichtung zu entheben, die Zahlungen in Dollar vorzunehmen.

## Eine Konferenz der alliierten Finanzminister.

Dz. Paris, 25. Juni. Der englische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, hat vorgestern Abend — dem „Echo de Paris“ zufolge — der französischen Regierung eine Note überreicht, in der gefragt wird, ob die französische Regierung, wie man in London übereingekommen sei, baldigst zu einer Konferenz der alliierten Finanzminister bereit sei. Diese Konferenz hätte auch eine gewisse Anzahl seit vielen Monaten schwebender Fragen zu regeln, so die Frage der auf dem Seewege gelieferten Kohlen und die Frage der Priorität der belgischen Schuld.

## Beschlüsse der Reparationskommission.

Dz. Paris, 25. Juni. Havas zufolge hat sich die Reparationskommission in ihrer gestrigen Sitzung mit der Ausführung des Artikels 156 des Versailler Vertrages beschäftigt, der in der Provinz Schantung befindlichen deutschen Güter betrifft. Sie hat ferner beschlossen, sich mit der Rückzahlung der Neu-Seeland durch die Beilegung von Samoa erwachsenen Ausgaben zu befassen, und hat ferner auf Grund des Art. 134 des Friedensvertrages den Wert des deutschen Handelsgebietes (Zentrum) in dem britischen Konzeptionsgebiet Schamien (?) auf 469.668 Goldmark festgelegt.

## Zickackwege zum Glimmerruhm.

Der Weg zum Ruhm bedeutet erst für die Großen der Bühne eine lange Kette von Jahren der Mühe und Arbeit. Enttäuschung hinter Enttäuschung, die es ertragen, kämpfen, sich wehren, und immer wieder sagt es, von den Zukunftsvisionen den Mut für die Unbilligkeiten der Gegenwart entziehen. Da gab es Engagements bei dürftigen Provinzbühnen und unter Direktoren, die für Kassenfragen alles und für künstlerische Fragen nichts, aber auch gar nichts übrig hatten. Da gab es Zeiten bitterer Not und die lange Frage, ob eine neue Antilope sich finden würde. Bis eines Tages — oft sehr spät — die Größe der Begabung sich durchdrückte, alle Hemmnisse überwand und die Sehnsucht langer Jahre erfüllte in der Berühmtheit.

Dem Bühnenschauspieler hat es auch die Jetztzeit nicht leichter gemacht. Die Glanzzeiten aber — nein, sie wissen nichts von alledem. Statt eines langen, bangen Leidenswegs, die Zufallsstürme eines Augenblicks, die sie aus dem Dunkel des Unbekannten hervortragen und ihren Namen bekannt macht wie den von Fürsten und Königen.

Wie trau und bunt das manchmal aussieht! Eine Verwerfung, ein Trübsal, die gute Laune eines Gewaltigen und — der Star war frei! Ein paar hübsche und recht bescheidende Anekdoten dieser Art sind in der „Bühnenwelt“ zu finden. Kleine Anekdoten vom Werden des großen Glimmerruhms, Geschichten, wie aus kleinen und kleinsten Leuten im reichen Bildnis eines launischen Götters Helden des Glasbaues wurden.

Da ist Max Rad. Zu seiner Zeit auf der Bühne ein Unbekannter, ein Darsteller kleiner und kleiner Rollen („Herr Graf, die Pferde sind gestohlen“). Ein gebärdig schauendes Bildnis, dessen erfolgreicher Verfasser er sich nennen darf, schließt ihm die erste Brücke zum Ruhm. Nun will er die Bühne verlassen und Filmregisseur werden. Aber die Firma, die sein Drama gekauft hat und an die er sich als Regisseur für zwei Filme. Damit ist sein Weg zwar nicht gemacht, denn das Regiedebüt fällt sehr schlecht aus. Aber wiederum blüht ihm eine Zufallsstunde: er steht bei seiner ersten Firma durch, daß er wenigstens die Hauptrollen spielen darf. Ein Gerücht verbreitet sich, daß er in diesen Werken auch die Regie geführt hat. Auf diese Weise bekom-

## Die Verhandlungen über die Räumung Oberschlesiens.

Dz. Berlin, 25. Juni. Blättermeldungen aus Oppeln zufolge scheinen die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und Korstanty über die Räumung Oberschlesiens beendet worden zu sein. Der Unterhändler der Kommission, Oberst Capot, ist aus dem polnischen Hauptquartier nach Oppeln zurückgekehrt. Der Verbindungsoffizier zwischen der Interalliierten Kommission und General Höfer hat sich von Oppeln zu General Höfer zurückbegeben mit einem Schreiben der Kommission, das wahrscheinlich den endgültigen Räumungstermin enthält.

Dz. Berlin, 25. Juni. Über die zu bildende Polizeitruppe in dem von den Insurgenten und dem Selbstschutz geräumten ober-schlesischen Gebiet meldet die „Vossische Zeitung“, daß die Truppe aus angesehenen Bürgern gebildet werden soll. Auf je hundert Einwohner soll ein Mann mit Polizeigewalt ausgestattet werden. Der Plan für die Bildung der Polizei ist von dem englischen Major Keating ausgearbeitet worden.

W. T. B. Berlin, 24. Juni. Die von Oberschlesien zurückgekehrte deutsche Kommission ist nach Mitteilungen der Blätter der Ansicht, daß die Interalliierte Kommission fest entschlossen ist, den Aufstand in Oberschlesien zu liquidieren. Bezüglich der Aufstellung einer zuverlässigen Polizei und der Beseitigung der von Korstanty eingesetzten Behörden wurden von der Kommission beruhigende Erklärungen abgegeben.

## Eine deutsche Einspruchsnote.

Dz. Berlin, 25. Juni. Die deutsche Regierung hat an die Botschafterkonferenz sowie an die Regierungen in Paris, London und Rom eine Note gerichtet, in der nachgewiesen wird, daß die polnische Armee den Aufstand in Oberschlesien mit allen Mitteln unterstützt, daß nach dem Umfang dieser Unterstützung anzunehmen sei, daß auch die nichtmilitärischen polnischen amtlichen Stellen hiervon Kenntnis haben müßten und gegen diese Unterstützung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien durch Dienststellen und Angehörige der polnischen Armee nachdrücklich Einspruch erhoben wird. Die alliierten Regierungen werden in der Note dringend ersucht, geeignete Maßnahmen zur endgültigen Sperrung der polnisch-oberschlesischen Grenze zu treffen gegen die fortwährenden Übertritte polnischer Truppen nach Oberschlesien und Unterdrückung auch der verheerenden Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien durch die polnische Regierung.

## Eine Eingabe der Beamten.

W. T. B. Rattowik, 24. Juni. Der Bund der ober-schlesischen Beamenschaft richtete am 16. Juni an die Interalliierte Kommission eine Eingabe, in der es zum Schluß heißt:

Nach sechs Wochen warten wir vergeblich auf Hilfe und Erlösung; Erlösung aus den Abgründen eines beispiellosen Unrechts. Mit erstaunlicher Ruhe, Langmut und Selbstbeherrschung ertrug die Beamenschaft Oberschlesiens alle Drangsale und Nöte dieser schreckensvollen Zeit. Sie steht am Ende ihrer Kraft und hat wohl das Recht, mit der gesamten friedlichen Bevölkerung des unglücklichen Landes von der Interalliierten Kommission zu fordern, daß nunmehr endlich in Erfüllung der in der Bekanntmachung vom 2. Februar 1920 in feierlicher Form gemachten Zusagen Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt und die Rechtsbrecher rücksichtslos und gnadenlos bestraft werden.

## Polnische Kontributionsforderungen.

Dz. Berlin, 25. Juni. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ aus Rybnik hat die dortige polnische Aufsichtsbehörde wegen der Explosion

auf dem Güterbahnhof den deutschen Kaufleuten eine Kontribution von 17 Millionen Mark auferlegt. Das Geld soll bis Samstag früh bezahlt sein. Die Aufforderungen haben fünf der wohlhabenden Kaufleute verhaftet und drohen sie zu erschließen, falls die geforderten 17 Millionen Mark nicht bezahlt würden. — Einer anderen Meldung aus Tarnowitz zufolge hat der dort eingesezte neue polnische Magistrat die Auferlegung einer Kontribution in Höhe von 2 Millionen Mark zugunsten der Insurgenten-Armee verfügt.

Dz. Oppeln, 25. Juni. Nach hier vorliegenden Meldungen hat sich südlich von Kosel in der Nähe von Klein-Nensa ein heftiger Zusammenstoß zwischen italienischen Truppen und polnischen Insurgenten ereignet. Einzelheiten fehlen noch. — In Rybnik ist eine Kompanie polnischer Pioniere zu den Aufräumungsarbeiten eingetroffen. Die von den Polen aus Anlaß der Munitionsexplosion verhafteten Deutschen wurden freigegeben, da sich selbst die Insurgenten von der völligen Schuldlosigkeit der Verhafteten überzeugt haben.

## Tätliche Beleidigungen der deutschen Postbeamten.

Dz. Benthien, 24. Juni. Nachdem seit 3 Tagen der Postverkehr mit Ententezügen beschleunigt aufgenommen ist, wurden bereits am dritten Tag der provisorischen Postwiederaufnahme die deutschen Postbeamten schweren tätlichen Beleidigungen seitens der Polen ausgesetzt. Die Insurgenten, die auf dem Benthener Bahnhof das Regiment führten, versuchten, den deutschen Postbeamten die deutsche Kohle von den Wägen abzureißen. Die Beamten leisteten Widerstand. Durch Vermittlung des Postdirektors gelang es, den Vorfall beizulegen.

## Eine Brücke der Verständigung.

Dz. Berlin, 25. Juni. Wie die Blätter aus Warschau berichten, erklärte der neue polnische Außenminister Skirmunt den Vertretern der auswärtigen Presse in Oberschlesien, daß angesichts der auseinandergehenden Ansichten Englands und Frankreichs der Vorschlag des Grafen Sforza, obgleich er Polens berechtigten Wünschen nicht entspreche, zum mindesten eine Brücke der Verständigung bilden könnte.

## Eine Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der Selbstschutzverbände.

W. T. B. Berlin, 24. Juni. Wie die Blätter hören, wird in Kürze eine Verordnung des Reichspräsidenten erlassen werden, die die Auflösung sämtlicher Selbstschutzverbände verfügt, um den Bestimmungen des Ultimatus gerecht zu werden, nach denen die Verbände bis zum 30. Juni aufgelöst werden müssen.

## 180 Millionen Mark Verlust beim Lebensmitteleinkauf in Sachsen.

Br. Dresden, 25. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Freistaat Sachsen hat beim Lebensmitteleinkauf in und nach dem Kriege einen Verlust von rund 180 Millionen Mark erlitten. Die Verhandlungen des Landtags, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt, finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

## Der Konflikt im Bankgewerbe.

W. T. B. Berlin, 24. Juni. Vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten wird mitgeteilt: Der Schlichtungsausschuß im Arbeitsministerium fällt zu dem Konflikt im Bankgewerbe lediglich eine Teilentscheidung dahin, daß gegen den Willen des Bankangestelltenverbandes und des Deutschen Bankbeamtenvereins die Zulassung dritter Organisationen zu den Verhandlungen nicht möglich sei. Infolgedessen wurden der Reichsverband der Bankangestellten und der Gewerkschaftsbund der Angestellten von den Verhandlungen ausgeschlossen. Sofern es also zu einer Erneuerung des Reichsstarfs kommt, werden lediglich wieder die bisherigen Tarifparteien, Allgemeiner Verband der deutschen Angestellten und Deutscher Bankbeamtenverein auf Seiten der Angestellten und der Reichsverband der Bankleitungen auf der Arbeitgeberseite als Träger des Reichsstarfs vertreten sein.

## Kein Rücktritt des italienischen Arbeitsministers.

Dz. Rom, 25. Juni. Arbeitsminister Labriola hat sein Rücktrittsgesuch zurückgezogen.

spielen würde. Sie hat noch oft gespielt, und es wurde noch oft nach ihr gefragt — nach wem? nach Henry Porten.

Nicht minder eigenartig der Aufstieg einer anderen Diva. Bern Aldor kommt eines Tages zu Oswald und phantasiert ihm von der verblühenden Schönheit einer loeben aus Bulgarien nach Berlin gekommenen Bühnengröße. Oswald winkt ab. „Die Frau verlangt pro Film 1200 Mark!“ wirft Aldor in nebenbei hin. Oswald erwidert: „Was? Zwölftausend Mark?!“ Dafür bekomme ich ja Asia Kleen!“ Aber kein Interesse ist gewacht. Aldor zeigt Photographien. Oswald fragt Feuer. „Aber zwölftausend Mark kann ich doch nicht für eine hier noch unbekannte Ausländerin herauswerfen!“ Aldor packt die Photographien zusammen und will gehen. „Schön!“ meint Oswald: Die Bulgarin soll bei mir filmen! Aber meiner Frau lagen Sie, das hat nur 300 Mark bekommen!“ So findet Manja Isakowitsch durch einen geschickten Bluff den Weg ins Glashaus und zum Ruhm.

Manch andere noch gibt es, deren Name bekannt und beliebt wurde nach kürzester Zeit. Welche Bühnenschauspielerinnen hätte es so leicht gehabt? Man darf natürlich nicht außer acht lassen, daß es auch große Filmstars gibt, deren Weg nichts anderes war als ein langames und mühseliges Aufsteigen. Aber sie sind selten. (Vom die großen Bühnenschauspielerinnen, die sich dann auch beim Film durchsetzen haben, bleiben, eben weil sie zuvor schon große Darstellerinnen waren, hier außer Betracht.) In der Hauptsache erzählt die Geschichte das Werden der Filmgrößen immer wieder von Wendungen des Zufalls und der Schicksalslaune, von Bunt und Krafte: von Zufall wegen.

## Kleine Chronik.

Bildende Kunst und Musik. Aus Zürich wird uns geschrieben: Die „Internationalen Beispiele“, die für diesen Tag die Zukunft viel verspricht und die für diesmal, um den Charakter der Internationalität zu wahren, auch von ausländischen Dirigenten geleitete Konzerte umfassen, sind mit vielversprechendem Erfolge eröffnet worden. Am 16. Juni erfolgte im Tonhalleaal eine Wiedergabe von Beethovens 9. Sinfonie unter Leitung von Arthur Nikisch. Unter den Solisten: Irene Eden (Mannheim), Alons Durbin (Leit Zürich) und dem Züricher Sturm trat Paul Bender (München) markant hervor. Das zweite am 20. Juni folgende Klavierkonzert, vielseitig zusammengestellt, kam an Erfolg dem ersten gleich. Die hier noch nicht oft gehörte 4. Klavier-Sinfonie mit Irene Eden als Solistin — machte in vollendeter Interpretation auf Publikum und Presse tiefen Eindruck.

men die anderen Unternehmungen vor seinen (gar nicht geleisteten) Regiekunstleistungen Achtung, er erhält Angebot um Angebot, macht diesmal keine Sache besser, und — ist in kürzester Zeit als Darsteller wie als Regisseur ein berühmter Mann.

Klein und schüchtern hat auch ein anderer angefangen, um bald mit zu den Großen zu zählen: Arnold Kied (der außerdem noch den Ruhm für sich in Anspruch nehmen darf, der erste der deutschen Filmregisseure zu sein). Kied stellte sich 1896 dem einzigen Berliner Filmfabrikanten Oskar Reiter für seine fünfzehn-Meter-Kosten zur Verfügung. Zuerst erhielt er als „Entschädigung“ ein Duzend photographischer Platten (Preis 1,50) für jeden Kinofilm. Später gab es das gewaltige Filmbonorar von 18 Mark für 12 Stunden. Und noch später...

Sommerhin ist in dem Werden dieses Filmkaufmanns sehr viel an Arbeit und bewusstem Durchsehen der eigenen Persönlichkeit. Die Regie des Zufalls tritt bei Kied auch deshalb nicht so sehr in den Vordergrund, weil in seiner Zeit beim Film in noch alles ein Tappen des Zufalls war.

Unverhüllter zeigt sich diese Regie bei den weißischen Filmstars. Da ist eine kleine Statistik am Beginn: Theater in Berlin. Eines Tages geht sie zum Decla-Film in die Friedrichstraße, um sich nach ihren vor Monaten eingereichten Probephotos aufzukundigen. „Aber nichts frei!“ bedauert das Fräulein am Schalter und gibt ihr die verstaubten Bilder zurück. Da taucht Alwin Neuk, der damalige Decla-Besitzer, zufällig auf dem Korridor auf, erblickt das junge bildhübsche Mädchen, ist entzückt und erndet — Sella Moja. Nach einer anderen Wendung freilich blieb Sella Moja damals nach der Einblendung ihrer Photographien nur deshalb ohne Befehl, weil man ihre Adresse verloren hatte — einerlei, damals war sie klein und nach ein wenig Film und einer verheißungsvollen Zeltspanne war sie, was sie heute ist, eine Berühmtheit.

Eines Tages leben zwei Schwestern auf einem Spaziergang die Straßen der Stiglitz-Bildnerin und kommen auf den Gedanken, ihr Erlebnis dramatisch auszugestalten. Da der Meister-Film, dem die Aktore ihr Manuskript anbietet, keine Akteureverleiern besitzt und deshalb die Annahme des Dramas verweigern will, stellt sich die 16 Jahre alte jüngere Schwester zur Verfügung. Man traut sich natürlich, einer unbekannten Anfängerin eine solche Partie anzuvertrauen, läßt aber trotzdem ein Probeengagement ab, als man das bildhübsche, mimisch hochbegabte Mädchen erblickt. „Die Blinde Blonde“ erhält einen solchen Erfolg, daß alle Kinobesucher stets fragten, ob denn die „Blinde Blonde“ aus dem Drama „Blinde Blonde“ nicht wieder

Am 29. Juni, abends 7 Uhr,  
im **Staatstheater:**  
Öffentliche Vorstellung der  
**Comédie - française**  
**Die gelehrten Frauen**  
von Molière  
**Gringoire**  
von Théodore de Banville.

Preise der Plätze: Mk. 51.50 bis Mk. 5.50.  
Vorverkauf an der Theaterkasse sowie bei  
den Firmen J. Schottensfeld & Co., Theater-  
Kolonnade 29/31, Born & Schottensfeld, Kaiser-  
Friedrichplatz, J. Chr. Glücklich, Wilhelm-  
straße 56 u. L. Rettenmayer, Kais. Friedrich-  
platz und Mainz: Schottstraße 1. F 295

## Freireligiöse Gemeinde Wiesbaden

Einladung zur ordentlichen Gemeindeversammlung  
am Dienstag, 28. Juni 1921, abends 8 Uhr  
im Hotel Einhorn, Marktstr. 32.

### Tagesordnung:

1. Jahresbericht für 1920.
2. Kassenbericht für 1920.
3. Bericht der Rechnungsprüfungskommission.
4. Wahlen: a) des Ältestenrats, b) der Rechnungsräte.
5. Voranschlag für 1921, Gemeindesteuer.
6. Bericht des Herrn Studienrat Dr. Karl Brähler über den Radesheimer Verbandstag. F 307

Der Ältestenrat.

## BENZIN

0.730 spez. Gew., doppelt raffiniert u. destil-  
liert, wasserhelle feinste Ware, für Autos und  
chemische Zwecke bestens geeignet, im be-  
setzten u. unbesetzten Gebiet sofort lieferbar.  
Preis einschließlich innen u. außen verzinkter  
Eisenfässer von 200 Liter Inhalt.

Mk. 6.50 per Liter ab Duisdorf bei Bonn.

Carl Spaeter, Abt. Auto, Coblenz.

Telegr.-Adr.: Spaeter-Coblenz. F 195

Fernsprecher: Nr. 14, 143, 144, 150, 406.

## Bekanntmachung.

Verdingungsstermin für die Schreinerarbeiten für  
die Befestigungswohnhäuser (Nos 1-15) ist Montag,  
den 11. Juli 1921, vorm. 9 Uhr.

Die Angebotsunterlagen werden für 50 Mark auf  
Zimmer 19, Kleine Wilhelmstraße 3, abgegeben.

Wiesbaden, den 21. Juni 1921. F 233

Städtisches Hochbauamt.

## Die Versteigerung

des gesamten großen und kleinen Inventars mit Juwe-  
lensammlung des

## Café Kurfürst

Kaffeehaus, Restaurant, Weinstube, Dialekt, Spiel-  
säle, Billardhalle, Keller, Restaurationsküche, Kaffee-  
küche, Eismaschine, elektr. Nationalkaffe (9 Tassen),  
Borrate und Privatwohnung findet am F 12

6., 7. und 8. Juli

statt. Befichtigung täglich im Ganzen

Mainz, Große Bleiche 15.

## = Cacao =

liefert jedes Quantum F 115

Comptoir d'Importations Coloniales

Wiesbaden, Herderstraße 24.

Telephon 229. Telegr.-Adresse: Nasila

## Schuhsohlen halten 9 Monate

Nicht kaputt zu kriegen.

Unser Goliathleder ist gesetzl. geschützt, vielfach  
prämiiert und das beste Kernleder der Gegenwart.  
Unverschleißbar und wasserdicht. Nur bei uns zu  
haben. Jede Reparatur in 1 Tag.

Herrensohlen, fertig aufgemacht . . . 30 Mk.

Damensohlen, fertig aufgemacht . . . 25 "

Verkauf von Leder zum Selbstaufmachen.

Kleine Reparaturen, Steppereien sofort und billigst.

Gummisohlen für Damen . . . Mk. 16.

Gummisohlen für Herren . . . 18.

aufvulkanisiert, nicht genagelt.

Gummisohle billig und gut.

Werden sofort aufgemacht. Man kann darauf warten.

**Goliath-Schuhgesellschaft**

nur Coulstraße 3. — Telephon 6074.

**Spezialarzt Dr. Wolff, Wiesbaden**

Wilhelmstr. 4, gegenüber Hotel Viktoria.

Gonorrhoe nach eig. wissensch. (Biolog.) Methode

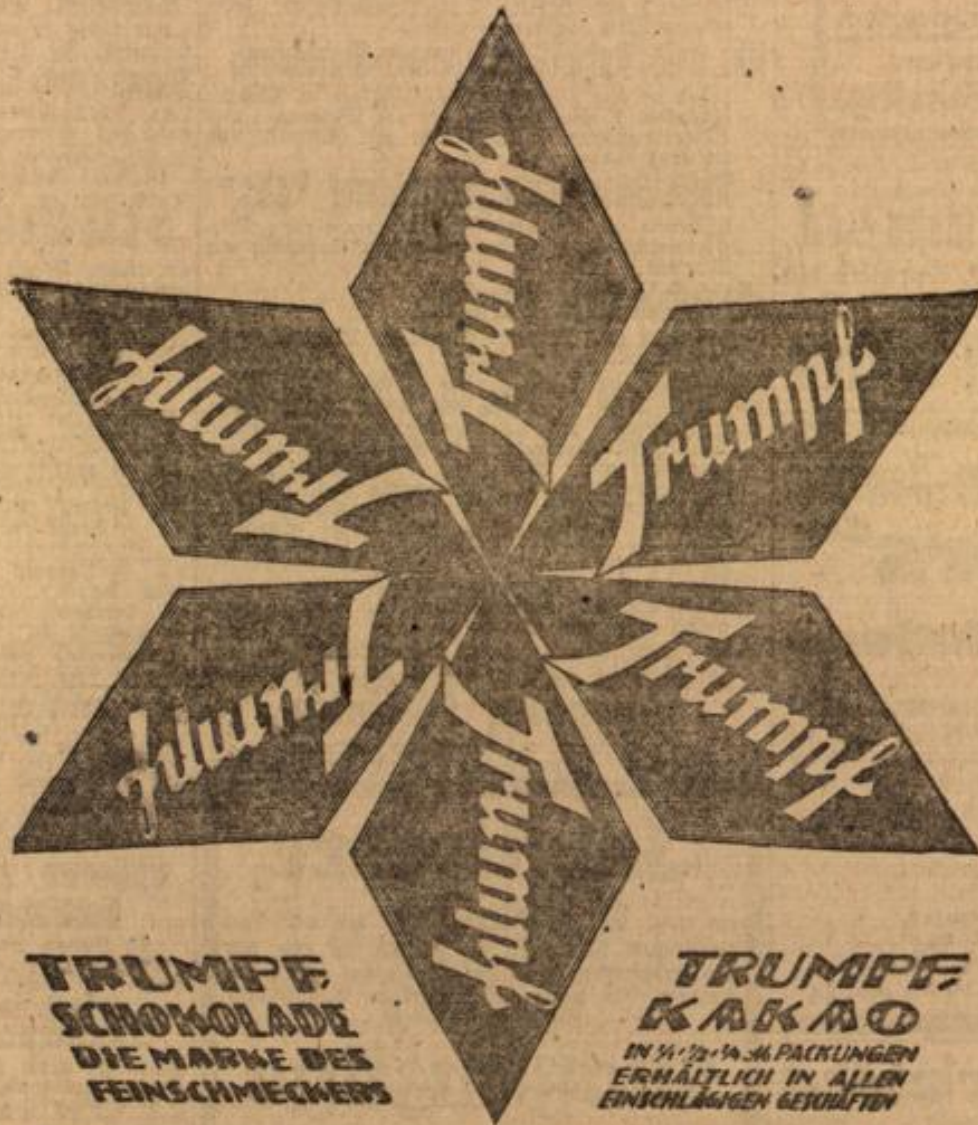
Syphilis (Rückenmarkskrankheiten) nur m. Heilserum

## Café Ritter, Unter den Eichen

Telephon 5109.

Samstag und Sonntag, ab 8 Uhr abends:  
**Großer Unterhaltungs-Abend im Freien.**

Empfehle besonders meine gutgewählten Diners, Soupers  
sowie reichhaltige Abendkarte.



**TRUMPE**  
**SCHOKOLADE**  
DIE MARKE DES  
FEINSCHMECKERS

**TRUMPE**  
**KAKAO**  
IN 1/2, 1/4 u. 1/8 PACKUNGEN  
ERHÄLTICH IN ALLEN  
EINKÄUFEN GEGRIFFEN

DER NAME - TRUMPE - BÜRGT FÜR DIE GÜTE  
LEHNEN SIE ABSICHTLICH ÄHNLICH KLINGENDE FABRIKATE AB  
**LEONARD MONHEIM-MACHEN**  
KAKAO-UND SCHOKOLADENFABRIK - GEGRÜNDET 1857

Das altberühmte echte

## Tauchlitzer Schwarzbier

ein Sanitätstbier ersten Ranges, aus der Elsterthal-Bräuerel, Tauchlitz i. Thür.

Gegründet 1697

kommt nun wieder in bester Friedensqualität zum Versand.

Zu beziehen durch den General-Vertrieb:

**Robert Preuss Nachf.**

Loreleiring 11.

Fernsprecher 385.

## Kirschenernte!

**Café-Panorama — Waldfrieden.**

Endstation Dotzheim, Panoramaweg, Weißburgtal.

Täglich frischen Kirschenkuchen,

Kirschenstrudel.

Tel. 6203.

Tel. 6203.

Das beliebte

## Köstritzer Schwarzbier

trifft anfangs nächster Woche wieder ein

und bitte ich

gefällige Bestellungen schon heute aufgeben zu wollen.

**Bierkönig**

Dotzheimer Str. 28. Tel. 302.  
Herrnmühlgasse 7. Tel. 887.

## Magerkeit.

Volle Körperformen erhält man durch  
den Gebrauch von **Oriental Kraftpulver**  
und der **Oriental Krafttabletten**. 6  
Paket 7.50 Mk. resp. 10 Mk. — Alleinverkauf:  
**Schützenhof - Apotheke, Langgasse 11.**

**Fuß-Phosphor**  
**Wundläusen:**  
**Gnarlaf-Gynmol**  
**Präservativ**  
**Krem**  
seit 1882 einzig bewährt.  
In Apotheken u. Drogerien.

F 174

## Gegen Heuschnupfen

bist „Asthmalin“ (gef.  
gesch.). General-Depot:  
Löwen-Apotheke, Mainz.  
Wiesbad.: Taub-Apoth.

## Fussbälle

Vollrindleder, Größe 5,  
Mk. 90.—

1a Chromrindleder,  
Größe 5, Mk. 115.—

sowie sämtl. sonstige  
andere Sportartikel für  
Fußball, Lawn-Tennis,  
Fischerei, gut u. billig.

Ferdinand Stern, Mainz

28 Flachsmaarktstr. 28

Achten Sie auf die

Hausnummer 28!

## 10 jäh. Arbeitspferd

u. 10 jäh. Wagen zu verk.  
ed. gegen leicht. zu tauch.  
Fah. i. Tauch-Verl. 11

Schäferhunde.

10 Wochen alt, zu verk.

Pinf.

Schierstein a. Rhein.

Datenstraße 5.

Junger Terrier.

weiß m. 10 jäh. Obr. ent-

laufen. Gegen Belohn-

ung. Franz-Altk. 14.

Glade mit 9 Kiden

zu verk. Blücherstr. 32. B.

Für Hundeliebhaber!

Se eine 2 Jahre alte,

hirschkote u. 6 Mon. alte

braune Fledermaus, rein-

ralis, mit Stammbaum,

zu verkaufen. Preis 1800

u. 1200 Mk. Händler ver-

boten. Inaugural Sonn-

tag vormittags Mainz,

Penniststraße 5, 2 r.

Gelenkheilungsfest!

Schlafm. 3. Jhr. Spieg-

Schranz und Marmor.

Kücheneinricht. Kleider,

Spiegel u. Küchenst.

Wohn. Chaiselounge.

Vertilto. Betten, Washt.

Bücherst. Schreibst.

Tische, Stühle, Büttel.

Bilder, Spiegel bill. u.

Friedrichstraße 55, Baden.

Telephon 1627.

Ein fl. 4rader.

**Britischenwagen**

62/1.10 m. 4 Jhr. Trakt.

fast neu, preisw. zu verk.

Weber, Oranienstr. 31, 1.

F 173

Chaiselounge, neu, verteilbar, nur 350 Mk. Coulstr. 3, 1.

## Markenfrei!

la gesiebte Braunkohlen

la trockenes Eichen- u.

**Buchenscheitholz**

empfehlen preiswert

**Bock, Hack & Co.**

Kohlen u. Koks u. Erikkette

Telephon 961 und 5987. Herderstraße 7.



Ob Preuss, Bayer oder Sachs'  
Sie werden alle Dir erzählen  
Die beste Schuhcreme ist Effax  
Denn soll in keinem Haus sie fehlen.

**Hochgesand & Ampt**

Chem. Fabrik, MAINZ.

Vertretung u. Lager:

Carl Kruse, Wiesbaden,

Zietenring 13.

Telephon 3981.



# Der deutsche Städtetag.

Dr. Stuttgart, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des 5. deutschen Städtetages wurde die Frage einer Reform des Gemeindeverfassungsgesetzes beraten. Die Tagung nahm einen Antrag des Bundes an, der von der Landes- und Reichsregierung, Sekretariat von überflüssiger Staatsaufsicht und Befestigung des der Verwaltung zugehörigen und verteilenden Instandhaltungsfonds, zur Prüfung des Gemeindeverfassungsgesetzes soll unverzüglich ein Studienauschuss eingesetzt werden. Es wurde ein Zulassungsantrag von Oberbürgermeister Heims-Ragdeburg angenommen, wonach das Staatsrechtliche Befestigungsgesetz, solange es besteht, nicht nach politischen Gesichtspunkten ausgesetzt werden darf. Ein weiterer Antrag der Unabhängigen, wonach über die Gemeindeangelegenheiten nur die gewählten Vertreter zu entscheiden haben, wurde abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag gegen einen Erlass des preussischen Ministers des Innern auf Verlegung der Befestigungskommissionen kommunistischer Landräte. Oberbürgermeister und Beigeordnete. Der Städtetag beschloß fernerhin, die Mitgliedschaft, die bisher auf die Städte von über 25 000 Einwohnern beschränkt war, auch auf Städte von mehr als 10 000 Einwohner auszuweiten. Das Gesamtergebnis der Tagung faßt der Vorsitzende Oberbürgermeister Böck (Berlin) dahin zusammen, daß die Wahrung des Bundes, die Sicherung der Freiheit, die Aufrechterhaltung der Einheit der deutschen Städte immer hoch gehalten werde.

## Die Schweizer Hilfsaktion für deutsche Kinder.

Dr. Bern, 23. Juni. Die Schweizerrisch-deutsche Vereinigung für Unterstützung notleidender Kinder tagte unter dem Vorsitz von Regierungsrat Balthier in Anwesenheit der Minister Müller und Planta. Mit den aus dem Vatikan und Nordamerika stammenden Mitteln konnte bisher rund 10 000 Kindern Hilfe geleistet werden. Ein großer Teil der Kinder ist in einer Erholungsstube in der Schweiz untergebracht. Die Hilfsaktion soll nunmehr auch auf deutsche Studenten ausgedehnt werden. Das Komitee will weiterhin hilfsbedürftige Kinder unterstützen.

## Die Übertragung der deutschen Rechte in China.

W. T. B. Paris, 23. Juni. Der „Temps“ veröffentlicht eine Note der Reparationskommission, in der die Forderung, daß sie künftig gemäß Artikel 260 des Friedensvertrages von der deutschen Regierung die Übertragung der deutschen Rechte und Interessen in gewissen Ländern, namentlich in China, verlangt habe. An der Berechtigung der Kommission, den Artikel 260 anzuwenden, könne die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch China nichts ändern, da der Artikel sich nicht auf andere Staaten bezieht, die den Vertrag ebenfalls nicht unterzeichnet hätten. Nach dem am 20. Mai 1921 zwischen Deutschland und China abgeschlossenen Sonderfrieden zahlte der Reichsregierung die chinesische Regierung nur 50 Prozent von dem Werte der deutschen Güter in China, soweit sie noch nicht liquidiert seien. Die nicht liquidierten Güter würden dafür den ehemaligen Eigentümern zurückerstattet. Diese Bestimmung könne jedoch die Rechte der Alliierten aus dem Friedensvertrag nicht beeinträchtigen. Die Reparationskommission beharrt darauf bei ihrer grundsätzlichen Entscheidung. Was die Modalitäten der Übertragung anbelangt, so werden sie gegenwärtig von einem Bankierausschuss geprüft. Man werde wahrscheinlich in der Praxis die Herausgabe der Rechte ohne politische oder kommerzielle Interessen nicht verlangen, dagegen müßten alle anderen Rechte und Interessen in China der Reparationskommission übertragen werden.

## Beschlüsse des Völkerbundesrats über Danzig.

Dr. Genf, 23. Juni. Der Völkerbundsrat beschloß, daß jede Abtretung von Waffen, Jagdgewehren, Karabinen, in Danzig unzulässig eingeführt werden soll. In der Frage der freien Durchfahrt für Polen durch das Danziger Gebiet wurde zwischen Polen und Danzig völlige Einigung erzielt. Der Sekretär wird der polnischen Regierung außerhalb der Stadt auf der Weichsel ein Gelände anweisen, das als Umkämpfungsplatz für polnische Kriegsmaterial dienen soll und wobei Polen gestattet ist, zur Ausübung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen bewaffnete, uniformierte Mannschaften zu halten.

## Die Regelung der Handelsfrage.

Dr. Genf, 23. Juni. Der Völkerbundsrat gab seinen Bescheid in der Handelsfrage bekannt. Er vertritt die Auffassung, daß die Souveränität über die Zölle in Finnland auszuüben sei, daß die Zölle militärisch zu neutralisieren seien und daß der Bevölkerung gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters Garantien zu gewähren seien. Namens der schwedischen Regierung protestierte Branting gegen diesen Bescheid, erklärte aber, daß dem Bescheid zu folgen. Ferner erklärte er, Schweden werde an den Verhandlungen teilnehmen, die unter den Auspizien des Völkerbundes zum Zweck der Festlegung der Garantien beschlossen werden sollen.

## Die Ententeschulden in Amerika.

W. T. B. Paris, 24. Juni. Wie die Havasagentur aus Washington meldet, gibt der vom Senator Venzole eingebrachte Gesetzentwurf zur Fundierung der alliierten Kriegsschulden dem Schatzsekretär unter Vorbehalt der Zustimmung des Präsidenten die Vollmacht, Anleihen oder ihren Zinsendienst zu konvertieren oder ihre Dauer zu verlängern, bei Regulierung der Zinsen ausstehende Werte in Zahlung zu nehmen und alle Forderungen zu regeln, wofür gegenwärtig keine Bürgen oder Sicherheiten bestünden. Nach einer zweiten Darlegung aus Washington teilte Harding in einem Briefe an Venzole vor, dem Schatzsekretär lebe weitgehende Vollmacht zu verleihen, damit er die Angelegenheit in der Interessen der Regierung dienlichsten Weise bearbeite. Venzole erklärte im Senat, der Finanzsachverständige Rittwage mit der Beratung des Gesetzentwurfs beginnen.

## Italien erhält sämtliche österreichischen Handelschiffe.

Dr. Rom, 24. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Auf Grund eines Entschlusses mit Frankreich gehen die von der Reparationskommission Frankreich zugesprochenen oder noch zugesprochenen früheren österreichisch-ungarischen Handelschiffe in den Besitz Italiens über. Ein ähnliches Abkommen wurde im vergangenen Januar mit England abgeschlossen. Italien übernimmt also die gesamte während des Krieges beschlagnahmte frühere österreichisch-ungarische Handelsflotte.

## Attentat auf einen Militärarzt in Irland.

Dr. London, 23. Juni. Neuer meldet: Ein Teil eines Militärzuges mit 104 Mann von Belfast kommend, wo als Eskorte bei der Abfahrt des Königs zur Eröffnung des nordischen Parlamentes ordnet hatten, entsetzte mit 73 Wunden in der Nähe von Dundalk. Infolge Explosion einer Mine wurde der hintere Teil des Zuges, aus dem vier Soldaten der Wachmannschaft wurden getötet und 20 verletzt, 30 Verwundete getötet und viele verletzt, die hinter von Soldaten erschossen wurden. Wäre die Mine wenige Sekunden früher explodiert, dann wäre der vordere Teil des Zuges, der mit Soldaten voll besetzt war, vernichtet worden. Wie verurteilt, sollen vier Mann verurteilt sein. Ein Telegramm aus Belfast meldet: Die Soldaten erschossen zwei Männer, die von der Unfallstätte fortlaufen wollten.

# Wiesbadener Nachrichten.

## Verein für Sommerpflege.

Die zweite Gruppe der Pfleger, etwa 70 Mädchen, hat jetzt nach vierwöchigem Aufenthalt das Wiesbadener Ferienheim bei Niederseebach verlassen. Um einer Anwesenheit Platz zu machen, frisch und rotwangig sind alle zurückgekehrt, in der verhältnismäßig kurzen Zeit haben frische Waldluft, gute Kost (die Anstalt bekommt jetzt täglich 40 Liter Milch), Solbäder und Ruhe bei den erholungsbedürftigen Stadtkindern die besten Erfolge erzielt. Fast alle Kinder hatten erhebliche Gewichtszunahmen aufzuweisen: 55 Kinder haben 1 Kilogramm und mehr gewonnen, 10 Kinder nahmen 2 bis 2½ Kilogramm zu, 2 Kinder je 3 Kilogramm, 2 je 4½ Kilogramm, eins nahm sogar 14 Pfund zu; ein Beweis für die segensreiche Wirkung der Sommerferienheim. Im Jahre 1900 wurde in dem Auf der Gründung eines Ferienheims für die Wiesbadener Kinder auf die Bedeutung der städtischen Jugend durch schlechte Wohnungsverhältnisse und die Gefahren der Tuberkulose hingewiesen. Der Krieg hat nicht nur die Wohnungs- und Ernährungsnot verschärft, er hat uns auch in der Bekämpfung der Tuberkulose um volle 25 Jahre zurückgeworfen. 1895 wurden 23,6 Kindern von 10 000 lebenden Opfer der Lungenschwundstich; 1913 war die Zahl auf 13,7 gestiegen, im Weltkrieg stieg sie unaußersächlich und erreichte 1918 wieder den höchsten Stand von 1895. Glücklicherweise sinkt seit 1919 die Sterblichkeit wieder, so in Frankfurt von 26,8 im Jahre 1919 auf 17,2 im Jahre 1920. Zur Bekämpfung und Verhütung dieser Volkspeste tragen die Landesheime für Stadtkinder ihr gutes Teil bei. Von diesem Gedanken ausgehend hat z. B. Frankfurt a. M. das großartige Unternehmen beschlossen, die bei der Ork. geschaffenen, in 39 Baracken können dort 1000 Kinder untergebracht werden. Schüler aller Veranstaltungen unterliegen der Aufsicht ihres Lehrers. Aus dem Truppenübungsplatz ist eine „Kinderstadt“ geworden. Auch im Wiesbadener Ferienheim bei Niederseebach herrscht jetzt ein lebhaftes Treiben. Mädchen diese Zeilen recht viele Mitglieder zu einem Besuch des Heims und zu einem Beitrag an den Verein für Sommerpflege veranlassen. Beiträge an die Nassauische Landesbank oder an die Redaktion des „Wiesbadener Tagblattes“.

## Das „Luft- und Sonnenbad Volkspart“

wird bestimmt, wie schon mitgeteilt, anfangs Juli eröffnet. Um unangenehme Verzögerungen bei der Ausarbeitung der Dauerarbeiten, die auf den Namen angefertigt werden, zu vermeiden, empfiehlt sich die Vorbestellung der Karten (Preis siehe Inserat in der Nr. 291). Bei der Neuartigkeit, die die Badeanlage für einen noch großen Kreis unserer Leser darstellen dürfte, lassen wir einen Auszug aus der Beschreibung folgen: Das Luft- und Sonnenbad soll in erster Linie der Wiederbelebung und Kräftigung der unter den dauernden schädlichen Einflüssen der Kleidung erschöpften Hauttätigkeit dienen. Der Körper muß aus diesen Gründen in einem Luft- und Sonnenbad möglichst unbedeckt bleiben, ohne daß doch das Schamgefühl verletzt werden darf. Die Bedeckung sei weiß, durchsichtig (Tüll, Kiesel), ganz und lauber. Farbige, besonders schwarze und rote Schwimmanzüge (Trübs) sind durchaus ungewünscht und gehören nicht in das Luft- und Sonnenbad. Die eigene Badewäsche sowie kleinere Gebrauchsgegenstände können während der Badezeit gegen eine einmalige Gebühr von den Badegästen in verstellbaren Gehäusen selbst bewahrt werden. Das Bad besteht aus: a) einer Damenabteilung, b) einer Herrenabteilung, beide mit besonderen Kabinen- und Kranzstellen, c) einer Spielabteilung für Damen, wobei Anaben unter 7 Jahren in Begleitung ihrer Mütter Zutritt haben, d) einer Spielabteilung für Herren und die männliche Jugend (auch Mädchen bis zu 8 Jahren). Die Damen- und die Herrenabteilung dienen der Ruhe und Erholung. In diesen Abteilungen sind alle Störungen (auch körperliche Übungen) streng untersagt. Mädchen unter 16 Jahren, Jugendliche unter 18 Jahren haben nur mit besonderer Genehmigung der Verwaltung zu der Damen- bzw. Herrenabteilung Zutritt. Die Spielabteilung, in denen Turngerätschaften, Schaukeln und dergleichen vorgelegt sind, dienen der Unterhaltung, dem Turnen und dem Sport. Die Herrenspielabteilung steht Damen, die sich an den Spielen der Herren beteiligen, ihren Gatten besuchen oder ihre Söhne begleiten wollen, wiederum zur Benutzung offen (Familienbad). Der Zutritt kann auf einzelne Personen beschränkt werden. Brause- und Wannenbäder. Dem Besucher steht ein Brausebad unentgeltlich zu. R.

— Die Sonntagsfahrten. Mit Gültigkeit vom 2. Juli 1921 ab kommen wieder die Sonntagsfahrten zur Einführung. Die Eisenbahnverwaltung ersucht damit einem künftigen von weiten Kreisen gebeten Wunsch. Gegen früher werden die Sonntagsfahrten dem reisenden Publikum einige erhebliche Vorteile bringen. Die Hin- und Rückfahrt kann bereits am Samstag und am Tage vor den Feiertagen, an denen Sonntagsfahrten ausgesetzt werden, mit Personenzügen angetreten werden, jedoch nicht vor nachmittags 4 Uhr. Die Rückfahrt an den Sonn- und Feiertagen muß mit solchen Personenzügen erfolgen, die spätestens um 12 Uhr mitternachts planmäßig die Station der Sonntagsfahrte verlassen. Von Unterwegsstationen muß die Rückreise unter den gleichen Bedingungen angetreten werden. Auf der Hin- und Rückreise ist je eine einmalige Fahrkartenunterbrechung gestattet. Der Übergang in ein- oder zweifache ist nicht gestattet, ebenso wenig der Übergang in die 2. oder 1. Wagenklasse. Die Sonntagsfahrten werden am Sonn- und Feiertag selbst und am vorhergehenden Tag ohne Rücksicht auf den Reiseantritt und so lange ausgesetzt, als nach Lage des Fahrplans und den vorstehenden Bedingungen die Benutzung möglich ist. Es werden Fahrkarten für die 3. und 4. Wagenklasse verausgabt.

— Der Stand der Felder und die Trockenheit. Aus dem Rheingau wird berichtet: Der Landmann sieht sich nach Regen; das wenige Reg, das am Mittwoch und Donnerstag herniederkam, konnte den Boden nicht durchfeuchten, wie dies wieder einmal nötig wäre. Immerhin steht der Regen ziemlich befriedigend, teilweise sogar recht schön, auch Weizen geht noch an, Gerste und Hafer stehen weniger gut, in armen, mangelhaft begünstigten Böden sogar schlecht und macht sich hier das Fehlen der Feuchtigkeit besonders bemerkbar. Die Krümelstöße sind am Blüten, bei weitem anhaltender Trockenheit können sie aber nicht anheben. Das Gemüse in den Gärten kann nicht vorankommen. In einigen Gemeinden besteht zudem Wassermangel, und wurde die Verwendung von Leitungswasser für die Landwirtschaft verboten. Durch den anhaltenden Regenmangel und dadurch, daß wir im Winter keine wesentlichen Niederschläge hatten, haben auch die Obstbäume an Trockenheit zu leiden. Ähnlich wie es im Jahre 1911 der Fall war: das Obst kann sich deshalb nicht recht entwickeln. Selbst für die Weinberge ist die gegenwärtige Trockenheit nicht von Nutzen, ganz abgesehen, daß die Witterung in den letzten Tagen zu kalt war. Die Bodenbearbeitung ist schwierig. Dörrfleisch werden wir endlich ausgiebigen Regen bekommen, sonst entsteht Schaden in jeder Hinsicht, die Rinde gar nicht zu rechnen.

— Ein fasslicher Gesundheitsbeamter. Als juristischer Konsumatsbeamter bei der ukrainischen Gesandtschaft in Berlin tritt ein Schwindler auf, der sich Otto Bodrömann nennt und angibt, daß er aus Odessa stammt. Einer Dame, deren Vater in Odessa lebt, verspricht er, er könne ihr als Gesundheitsbeamter behilflich sein, für ihren Vater die Einreiseerlaubnis nach Deutschland zu beschaffen. Die Dame folgte allen seinen Versprechungen. In Wiesbaden, wohin er

mit ihr reiste, überredete er die vertrauensvolle Dame, ihr Geld und ihre Schmuck- und Verfrachten nicht mehr wie bisher im Hotel zu hinterlegen, sondern ihm in Verwahrung zu geben. Dann verschwand er mit 15 000 M., die sie ihm anvertraut hatte, und mit allen Schmuckstücken, die 55 000 M. wert sind, darunter ein Koller in Platin und eine dünne Platinette mit großem Anhänger in der Gestalt eines Zweiges mit drei hängenden Kleeblättern, die mit großen und kleinen Brillanten besetzt sind. Für die Wiederbeschaffung der Sachen ist eine Belohnung von 10 000 M. ausgesetzt.

— Rückzahlung von Entschädigungsbeiträgen bei Wiedererstattung einer Witwe? Über diese Frage hat das Landgericht 3 Berlin eine Entscheidung gefällt, die nach den Blättern für Rechtspflege im Kammergerichtsbezirk folgender Sachverhalt zugrunde lag: Eine Lehrerswitwe in Spandau hatte sich am 10. Juni 1919 wiedererstattet. Am 13. Juni beschloß die Gemeindeverwaltung einer einmaligen Entschädigungsbeiträge, die auch im Betrag von 600 M. an die wiedererstattete Witwe gezahlt, dann aber von der Gemeinde im Klageweg als „ungerechtfertigte Bereicherung“ zurückgefordert wurde. Während das Amtsgericht die Witwe zur Herausgabe verurteilte, hob das Landgericht in der Berufung das Urteil auf und wies die Klage ab, indem es ausführte, daß eine Zahlung nicht zurückgefordert werden könne, wenn ihre Leistung einer künftigen Pflicht entzogen habe. Es sei Pflicht der Gemeinde, ihre Beamten so zu stellen, daß sie auskommen könnten. Das sei, wie schon der für die Unterstellung gewählte Name „Entschädigungsbeiträge“ erkennen lasse, während des Kriegs nicht geschehen. Es sei erforderlich gewesen, die Beamten von Schulden zu befreien, zu denen sie gezwungen gewesen seien, weil die Gemeinde sie nicht ausreichend bezahlt habe. Durch die Zahlung der Gemeinde habe also die Witwe nur das erhalten, was die Gemeinde ihr auf Grund einer künftigen Pflicht schuldig sei. Der Rückforderungsanspruch sei daher nach § 814 BGB. unzulässig.

— Die freireligiöse Gemeinde Wiesbaden hält am Dienstag, 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Hotel Eldorado“, Rasthof 2, ihre acht. Gemeindeversammlung ab, worauf auch an dieser Stelle Anwesenheit gemacht wird.

## Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

\* Stadttheater. Sonntag, den 23. Juni, bei ausg. Ab., zum 1. Male „L'Alibi“, Operette in 3 Akten von Franz von Suppé. Aufg. 8½ Uhr. Montag, den 27., bei ausg. Ab., Sondervorstellung für den Wiesbadener Beamtenschaft: „Don Carlos“, Aufg. 8 Uhr. (Einschränkte Anzahl von Karten gelangt zum Verkauf.) Dienstag, den 28., Ab. 8 Uhr. „Fotini“, Aufg. 8½ Uhr. Mittwoch, den 29., Vorstellung der Comédie Française: Aufg. 8½ Uhr. Donnerstag, den 30., Ab. 8 Uhr. „Les Femmes savantes — Gringore“, Donnerstag, den 30., Ab. 8 Uhr. „Die tote Stadt“, Aufg. 7 Uhr. Freitag, den 1. Juli, französische Opern-Vorstellung: „Werther“, Sonntag, den 2., bei ausg. Ab., vollständige Vorstellung, 1. Abend: „Mithras“, Aufg. 7 Uhr. Sonntag, den 3., Ab. 8 Uhr. „Die Hölle“, Aufg. 8 Uhr. Montag, den 4., bei ausg. Ab., vollständige Vorstellung, 2. Abend: „Patria — Mutterliebe“, Aufg. 8 Uhr. „Mit dem Feuer spielen“, Aufg. 7 Uhr.

\* Stadttheater Wiesbaden, Montag, den 27. Juni: „Gefühlswort“, Anfang 7 Uhr. Dienstag, den 28.: „Nacht der Schwestern“, Anfang 7 Uhr. Mittwoch, den 29.: „Gaspard“, Anfang 7½ Uhr. Donnerstag, den 30.: „Der letzte Walzer“, Anfang 7 Uhr. Freitag, den 1. Juli: Unbestimmt. Samstag, den 2.: Einakter-Konzert. Anfang 7½ Uhr.

\* Stadttheater. Die morgen Sonntag bei aufgehobenem Abonnement im ersten Male zur Aufführung kommende Operette „Fotini“ ist von Ober-Regisseur Mebus in Szene gesetzt; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Reiter. Die im 2. Akt vorkommende Tanzszene ist von der Balletmeisterin Rosamunda einstudiert worden. Die zum größten Teil neuen Dekorationen sind in den Werkstätten des Stadttheaters hergestellt worden. Die Einrichtung des Bühnenbildes besorgte Ober-Inspektor Scheim; die technische Einrichtung stammt von Ober-Inspektor Georg Seeger.

\* Konzerte. Am Sonntagvormittag, 11½ Uhr, findet bei geheimer Beteiligung im Kurpark Promenade-Konzert statt. Für Abonnenten ist der Eintritt frei. — Der nächste Tanz- und Musikabend findet am Montag (von 8—11½ Uhr) statt. — Am Montag, den 27. Juni, fällt das Nachmittags-Abonnement-Konzert aus. Das Abend-Konzert (im Abonnement) wird von der Kapelle des Musikvereins ausgeführt und dauert von 8 bis 10 Uhr.

\* Ein kunstgeschichtlicher Ausflug nach Frankfurt a. M. unter Führung von Prof. Dr. W. K. Reuter findet am Dienstag, den 28. Juni 1921, statt. Anmeldung: Befreiung des Gesellschafters, ev. des Führers. Nachmittags von 3—5 Uhr: Führung durch die Gemäldesammlungen des Städtischen Museums. Für Teilnehmer an beiden Führungen Abfahrt ab Hauptbahnhof morgens 8 Uhr 36 Min. Treffpunkt in Wiesbaden um 9 Uhr 40 Min. am Hauptbahnhof des Bahnhofs, in Frankfurt um 10 Uhr 30 Min. in der Eingangshalle des Hoftheaters. Treffpunkt für Teilnehmer an der Führung durch die Gemäldesammlungen des Städtischen Museums Punkt 3 Uhr am Hauptbahnhof der Gemäldesammlungen (am Schauspielhaus gelegen). Karten für beide Führungen oder eine Führung nach Wunsch im Reisebüro von Reitermeyer am Kaiser-Friedrich-Platz oder an den Treffpunkten in Frankfurt.

## Aus Provinz und Nachbarschaft.

### Aus der Frankfurter Taschengeldfabrik.

Spez. Frankfurt a. M., 24. Juni. Die Untersuchungen der Kriminalpolizei in Sachen der Geldscheinhehler haben immer neues Belastungsmaterial ergeben. Die Fälscher halten ihre Scheine auf den modernen Maschinen und auf dem neuesten Papier her. Von dem Papier wurden nach ausserordentlich großer Vorsicht beschlagnahmt, ebenfalls viele Fälschstoffe. Wie hoch die Summe der verausgabten Fälschstoffe ist, wird wohl niemals auch nur annähernd ermittelt werden können, auch nicht, wieviel Scheine sich noch im Umlauf befinden, da die Fälschstoffe mit einer ungenügenden Genauigkeit nachgemacht sind. Die frühere Meinung, wonach große Mengen der Fälschstoffe nach Polen geschickt worden seien, scheint sich nicht zu bestätigen, wenigstens ist der Polizei bis zur Stunde davon nichts bekannt geworden.

### Vom Schloß zum Reichertseminar.

Spez. Bonn (Westermund), 24. Juni. Das Schloß des Fürsten von Sayn-Wittgenstein soll in ein Observatorium umgewandelt werden. Die Kongregation der Brüder vom heiligen Bezen Jesu verlegt ihr philosophisch-theologisches Seminar in die Räume des Schloßes. Die Klosteranlage erhält nach dem Hauptpatron des Ordens den Namen Johannes-Kloster.

## Sport.

\* Jubiläum. Jubiläum des Turnvereins. Wir werden gefeiert, darauf aufmerksam zu machen, daß in dem am Sonntagvormittag um 4 Uhr stattfindenden Jubiläumsschautanz auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße die gesamte Bürgerchaft Wiesbadens, also auch Nichtmitglieder, Zutritt haben. Hervorragende Kräfte des deutschen Turnvereins haben ihre Teilnahme zugesagt.

## Gerichtssaal.

### Die polnische Falschgeldaffäre vor dem Schwurgericht.

wo. Wiesbaden, 24. Juni. In der weiteren Verhandlung wird von einem Angeklagten als die sechs des ganzen Unternehmens ein Fälscher Hesse bezeichnet, von der er sagt, daß sie eine entwürfene Karte der Fälscher sei, welche alle Männer unter ihrem Bann gehalten habe. In der Tat tauchte diese Karte bald in Wiesbaden, bald in Frankfurt, Mainz und Berlin, kurz überall da auf, wo es eine Aktion zu unternehmen galt. Die fälschlichen Scheine sind zu sehen, eben nur annehmbarer Preise an den Mann gebracht worden. Einzel hat von 400 000 polnischen M. 6000 deutsche Mark erhalten, ein anderer gab 100 000 M. zu 20 000 M., ein dritter 400 000 M. zu 40 000 M. Das in den Scheinen verwendete Papier wurde zum Preise von 800 M. für 1000 Bogen geliefert, 3000 Bogen sind zugekauft worden; weitere 20 000 Bogen wurden bestellt, aber nicht abgenommen, weil dem Vermittler zum Schluß die Sache bedeutend geworther war. — Hesse, der Angeklagte, hat einen Dritten gegenüber dessen

Denken gegen das Geschäft durch die Bemerkung zu verstehen versucht, in Köln habe er in derselben Weise gearbeitet, allerdings habe er dort eine größere Summe eingeholt. Zum Teil ist den Beteiligten ihr Schein gestohlen, teils unterschlagen worden. Das Abgangsbuch scheint im übrigen hauptsächlich in Berlin und Hamburg gewesen zu sein. Besonders die polnischen Angeklagten wendeten sich in händelnden Ausdrücken gegen die Behauptungen der Anklage. Dem ersten polnischen Kriminalkommissar, welcher wünschte, möglichst bald vernommen zu werden, wurde eröffnet, daß weder die Anklagebehörde, noch die Verteidigung Interesse an seiner Vernehmung hätten. Es sei ihm lediglich anbelangt, sich gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Spd. 30 Angeklagte freigesprochen. Vor dem Schöffengericht in Köln hatten sich nicht weniger als 30 Landwirte aus dem Dorfe Wollraden zu verantworten. Sie sind beschuldigt, etwa 20 Zentner Roggen und Weizen aus der Ernte 1919 für sich verdrängt oder anderweitig verkauft zu haben. Gegen die Landwirte waren keinerlei Strafbescheide in einer Gesamthöhe von 22.000 M. ergangen, wogegen sie alle Einspruch erhoben hatten. Zu dem Termin vor dem Schöffengericht waren fünf Sachverständige und mehr als 20 Zeugen geladen. Die Beweisaufnahme kam zu dem Ergebnis, daß die 1919er Ernte in Wollraden eine außerordentlich schlechte gewesen sei und daß die Entschädigungserhebung sehr mangelhaft ausgeführt wurde. Infolgedessen kam das Gericht zu der Freisprechung aller Angeklagten. Der Anklagewalt legte gegen das Urteil Berufung ein.

mo. Kumpfleihwunden. Der Arbeiter Franz Bogowski, seine Ehefrau Anna und ein gewisser Franz Fischer, den man noch nicht ermittelt hat, führen eigenem Vorwand zu den Frankfurter Kumpfen, um Befreiung zu erlangen. Bogowski hat die Leiden, Fischer verurteilt das Gebot und die Ehefrau Bogowski beschuldigt die gekohlenen Sachen auf. Bogowski erhielt von der Strafkammer 15 Monate Gefängnis, seine bessere Hälfte, weil er nicht vorbestraft, 20 Monate. Da sie sich zuhause gewünscht hatte, erklärte sie Berufung einzulegen zu wollen.

### Bermischtes.

\* Die Stadt der Überfälle. „Auf beiden Seiten gab es Tote.“ Das ist ein Satz, der in den täglichen Berichten vom irischen Kriegsschauplatz in den englischen Blättern regelmäßig wiederkehrt. Er wirkt ein grelles Schlaglicht auf die Zustände, die gegenwärtig auf der „grünen Insel“ herrschen. Näheres darüber erzählt eine Schilderung aus Dublin, der „Stadt der Überfälle“. Diese Überfälle sind tägliche Ereignisse in Dublin. Acht Leute unter zehn haben schon einige erlebt. Ich war der unglückliche und unangenehm berührte Zuschauer von zweien an einem Tage in der letzten Woche. Es besteht eine allgemein anerkannte Etikette über das Benehmen bei solchen Gelegenheiten. Wenn man in der Nähe des Autos oder des Trupps ist, gegen den die Bombe gerichtet war, so wirft man sich einfach nach dem Boden und flüchtet ein Stöhnen zum Himmel, daß die Splitter hochfliegen mögen. Unter keinen Umständen aber darf man fortrennen; man kann dann erstens einmal leichter getroffen werden, und sodann ist ein rennender Mensch stets verdächtig und der Verhaftung ausgesetzt. Trägt man gerade einen weißen Mantel oder eine Dame ein neues Sommerkleid — so ist das unter besonderen Bed. Aber in Dublin sind jetzt Kleider, die eine enge Bekanntschaft mit der Straßenoberfläche verraten, nicht in Mode. Sie sind nur ein Zeichen von Geistesgegenwart. Neulich Abend als ich in einem eleganten Hotel in Dublin und hatte gerade den ersten Gang aufgetragen bekommen, als eine Bombe, wenige Häuser entfernt, explodierte. Der Raum geriet in eine beträchtliche Erschütterung und eine Anzahl Fenster scheiterten zerbrach stürzend. Alles stürzte an die Fenster, und wir kamen gerade noch zurecht, um die mit Schindeln und Pfeilen bewaffneten Sinnseiner auf einem Lastwagen in großer Eile verschwinden zu sehen. In einer halben Minute war die Straße leer, und nur die rauchenden Trümmer des bombardierten Hauses zeigten noch, was vorgefallen. In erstaunlich kurzer Zeit erschien ein Vanzwagen mit Militär, und die Soldaten nahmen die Verfolgung auf. Eine Minute später knatterte bereits Gewehrfeuer, und wir alle verfolgten interessiert die Entwicklung des Gefechtes. Die letzte Szene war das Eintreffen des Krankenwagens und der Sanitäter, die die Toten und Verwundeten aufnahmen. Ein Sinnseiner war getötet und zwei verwundet; außerdem hatten noch vier friedliche Bürger Verletzungen davongetragen. Darauf trat der Keller auf mich zu und fragte: „Wünschen Sie jetzt Ente oder Kokoroten, mein Herr? Der typische Überfall war vorbei.“

\* Die Wiederkehr von Sherlock Holmes. Sherlock Holmes, die populärste Detektivfigur der Weltliteratur, ist seit langem zu seinen Taten mehr aussergeordnet, und sein Schöpfer, Sir Arthur Conan Doyle, der sich ja jetzt als eifriger Spiritist meißelt in der vierten Dimension aufhält, hat sogar vor einiger Zeit erklärt, daß er endgültig tot sei. Nun hat sich aber der Vater dieses so berühmten und erfolgreichen Kindes doch eines Besseren bedonnen, und es werden demnächst im „Strand Magazine“ das bereits die ersten Sherlock Holmes-Geschichten brachte, neue spannende Abenteuer des großen Detektivs erscheinen.

### Reines aus aller Welt.

Die Beilehung der Todesopfer der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Mont Genis“ erfolgte unter außerordentlich großer Anteilnahme der Bevölkerung aller Kreise und in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern der Behörden, der Berufsorganisationen und Vereinsverbände. Die Beilegung wurde durch den Reichsarbeitsminister Dr. Baumbach vertreten, das Handelsministerium durch Bergat Jähnel und den Oberpräsidenten der Rheinprovinz. Das junge Industriegebiet von Solingen bis Hamm hatte die Jähnel auf Beilegung geschickt. 20 katholische Bergknappen wurden auf Wunsch der Angehörigen auf dem katholischen Friedhof in Klettenberg in einem gemeinsamen Grab der Erde übergeben. Die übrigen 33 Leichen wurden nach dem Friedhof Solingen in einen unbesetzten Grabstein überführt und dort in einem gemeinsamen Grab beigesetzt. Die von dem Tage berührten Straßen waren von Leidtragenden umrandet, die Später beigesetzt. In den Gräbern sprachen Geistliche der betr. religiösen Bekenntnisse herzliche Abschieds- und Trostworte. Ein peinlicher

Zwischenfall ereignete sich, als anwohnergelehrterweise am offenen Grabe in Solingen Vertreter der Kommunen und der Arbeiter-Union das Wort ergreifen und Klagen gegen die Zeche „Mont Genis“ einbringen wollten, daß die Leiche der Explosion auf der Zeche „Mont Genis“ ein Schuß gewesen, der verbotswidrig abgegeben wurde. Die beiden Schichtmeister waren nach der Explosion nicht am Explosionsherd. Man fand während der Beilegung mit elektrischen Lampen ausgestattet war, eine Wetterlampe, die nur Schichtmeister besitzen. Und während sonst mit Sicherheitslampen gearbeitet wird, wobei keine Flamme entsteht, will ein Zeiger aus dem Kohlenrevier einen Knall gehört haben, wie von einer Dynamitpatrone. Wenn das zutrifft, wäre das Ungeheuer der Unvorsichtigkeit und dem verbotswidrigen Handeln zuzuschreiben, obwohl in dem Revier, in dem die Explosion erfolgte, schon seit Tagen keine Wetterstromführung mehr erfolgte und sich dort keinerlei Schlagwetter-symptome nachweisen ließen.

Bei einem Wären zerlegt. Beim Schutturn eines Arbeitervereins in Prag sammelte sich eine Schaar von Kindern um einen Tanzbären, der mit einer Kette an einen Baum gebunden war. Eine Frau warf dem Bären ein Stück Kuchen zu, das er aber nicht erreichen konnte. Ein in der Nähe stehender Regent hob ihm den Bissen näher. Das machte den Bären wütend. Er zerriß die Kette und ging den Regent an. Dieser sprang zur Seite, worauf der Bär auf die Menge losstürzte und ein Mädelchen im Rücken überfiel. Die Kette riß dem Kind die Kopfhaare ab und zerstückte ihm den Brustkorb. Die Wange floh, nur der Regent verdrängte durch raschen Schritt das Tier von dem Kinde abzustürzen und griff den Bären auch mit einem Dolch an. Darauf wandte sich der Bär von seinem Opfer ab und ging auf den Regent los. Erst als Schützleute herbeikamen und 37 Neugierhühler auf den Bären abgeschossen hatten, gelang es, ihn zu erledigen. Das schwerverletzte Kind wurde ins Spital gebracht, wo es bald darauf, trotz einer sofort erfolgten Operation, seinen Wunden erlag.

Einrichtung zweier Kaufmänner. In Kempten (Allgäu) wurde durch eine Reichswehrabteilung des Todesurteil gegen den 37-jährigen Bauer Urban Schmitt und den 25-jährigen Hans Kehl durch Erschießen vollstreckt. Sie hatten die Frau Schmitts auf das grausamste ermordet.

Der neue Riesendampfer. Wie aus London berichtet wird, wird der sechste fertiggestellte neue große Dampfer „Columbus“, mit einer Wasserverdrängung von 35.000 Tonnen, 2700 PS, in der Werft in Southampton-Quebec-New-York in kurzer Zeit auf der Straße Southampton-Quebec-New-York in Dienst gestellt werden. Er ist von der Reparationskommission durch die White-Star-Linie angekauft worden.

### Handelsteil.

#### Zusammenschluß der Herrenbekleidungs-Geschäfte.

Die in Hessen-Nassau, Waldeck und im Freistaat Hessen ansässigen Herren- und Knabenbekleidungs-Geschäfte, welche als Einzelmitglieder dem Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung (Sitz Düsseldorf) angeschlossen sind, tagte unter Leitung des Herrn Albersheim, i. Fa. Garsch & Co., Frankfurt a. M., am 20. Juni in der Handelskammer in Frankfurt a. M. zwecks Gründung eines Unterverbandes im Rahmen des Reichsverbandes. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht und beschloß nach einer Darlegung des gegenwärtigen Standes der Organisation innerhalb der Textilbranche einstimmig die Bildung eines, die genannten Bezirke umfassenden „Südwestdeutschen Bezirksverbandes“. Als Sitz des Unterverbandes wurde Frankfurt a. M. bestimmt. Der Zweck des Verbandes, der bereits an 68 Plätzen mit 212 Firmen vertreten ist, ist die örtliche und bezirksweise Vertretung der Bekleidungsbranche gegenüber den Bezirks- und Landesbehörden, die Unterstützung der Orts- und Bezirksgruppen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie die Schaffung eines Unterbaues für die kommenden Bezirkswirtschaftsräte. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr M. Albersheim, i. Fa. Garsch & Co. (Frankfurt a. M.), zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Boecker, i. Fa. Hettlage (Kassel), gewählt. Zu der Frage einer Kommunalisierung des Wirtschaftslebens faßte die Versammlung eine Entschließung, in der gegen die vom Reichswirtschaftsministerium geplante Form der Textilno-standesversorgung Einspruch erhoben wird, weil sie den Beginn der Kommunalisierung des Textil-einzelhandels bedeuten würde. Der reguläre Einzelhandel betrachte es als seine volkswirtschaftliche Aufgabe, gemeinsam mit Industrie und Großhandel alle Kreise der Verbraucher auf die billigste und beste Weise mit allen Bedarfsgegenständen zu versorgen, vor allem auch die ärmere Bevölkerung auf Grund besonderer, mit den Gemeinnden zu treffenden Vereinbarungen ohne besonderen Gewinnaufschlag zu beliefern. Im gleichen Sinne wandte sich die Versammlung gegen die Warenwirtschaft der Behörden und Gewerkschaften mit zwei weiteren Entschließungen. Weiter nahm die Versammlung noch Stellung zur Frage der Neugestaltung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, der Schaffung einer Einheitskondition sowie über die in der Branche zurzeit handelsüblichen Kalkulationssätze, zur Frage der Wanderväger und des Hausierergewerbes sowie zur kommenden Steuergesetzgebung.

#### Berliner Börse.

\* Berlin, 24. Juni. Die Fondsbörse eröffnete in fester Haltung, da die weitere Entwertung der Mark und die unvermindert roge Beteiligung des Privatpublikums die Spekulation anregte und zugleich die politische Lage ruhiger beurteilt wurde. Am Montanmarkt konnten Bochumer, Deutsch-Luxemburger, Harpener, Hösch, Laurahütte, Lothrinzer Hütte, Rhein, Braunkohle und Rheinstahl namhafte Besserungen erzielen. Auch chemische Werte waren recht fest. Von Elektropapieren stellten sich Feiten & Guillaume um 7 Proz. höher. Auf dem Markte der Spezialpapiere wurden Deutsche Waffen, Zellstoff Waldhof und Orenstein & Koppel anfangs wesentlich höher bezahlt. Im weiteren Verlauf geriet jedoch das Kursniveau infolge von Gewinnrealisierungen, wozu die bevorstehende zweiteilige Unterbrechung des Börsenverkehrs den Anlaß gab, etwas ins Schwanken. Dagegen stiegen aber Phoenix, die anfangs unter Abgabe zu leiden hatten, bei lebhaften Umsätzen noch um 5 Proz. über den gestrigen Kurs. In Daimler-Aktien entwickelte sich ebenfalls bedeutendes Ge-

schaft zu anziehenden Kursen. Der Anlagemarkt blieb im behauptet. 3½ Proz. Reichsanleihe gewannen ¼ Proz. stellten sich aber späterhin höher.

#### Kurse vom 24. Juni 1921.

| Nr.  | Bank-Aktien.           | In %   | Nr. | Industrie-Aktien      | In %    |
|------|------------------------|--------|-----|-----------------------|---------|
| 16   | Berliner Handelsge.    | 211.50 | 1   | Hohenloherwerke       | 322.50  |
| 3    | Commerz.-u. Disz.-B.   | 211.00 | 2   | Hösch Eisen u. Stahl  | 350.00  |
| 8    | Darmstädter Bank       | 177.25 | 10  | Ise Bergbau           | 500.00  |
| 2    | Deutsche Bank          | 321.50 | 11  | Königs- u. Laurahütte | 330.00  |
| 10   | Disconto-Commandit     | 270.50 | 12  | Kali Ascherleben      | 314.00  |
| 9    | Dresdner Bank          | 327.00 | 13  | Köthel Cellulose      | 00.00   |
| 8    | Mittel. Creditbank     | 188.50 | 14  | Kronprinz Metallf.    | 341.00  |
| 7    | Nation.-B.f. Deutschl. | 182.00 | 15  | Lahmeyer u. Co.       | 338.71  |
| 11.8 | Oesterr. Kredit-Anst.  | 61.00  | 16  | Lauchhammer           | 478.50  |
| 8.79 | Reichsbank             | 143.87 | 17  | Lindes Eisenschmelze  | 00.00   |
|      |                        |        | 18  | Ludwig Loewe u. Co.   | 420.00  |
|      |                        |        | 19  | Mannesmann Röhren     | 641.00  |
|      |                        |        | 20  | Oberschles. Eisenhüt. | 308.00  |
|      |                        |        | 21  | His-Ind.              | 272.00  |
|      |                        |        | 22  | Kokaw.                | 484.00  |
|      |                        |        | 23  | Orenstein u. Koppel   | 00.00   |
|      |                        |        | 24  | Phos.-Bergb. u. Hütte | 788.00  |
|      |                        |        | 25  | Phos.-Bergb. u. Hütte | 788.00  |
|      |                        |        | 26  | Rhein-Nass. Bergw.    | 926.00  |
|      |                        |        | 27  | Rhein. Stahlwerke     | 926.00  |
|      |                        |        | 28  | Rohrbeck Montan       | 478.50  |
|      |                        |        | 29  | Rombacher Hüttenw.    | 512.00  |
|      |                        |        | 30  | Rhein. Metallwaren    | 370.00  |
|      |                        |        | 31  | Sachsenwerk           | 00.00   |
|      |                        |        | 32  | Schuchert Elektriz.   | 295.00  |
|      |                        |        | 33  | Siemens u. Halsk.     | 251.50  |
|      |                        |        | 34  | Süd. Eisenbahnges.    | 324.00  |
|      |                        |        | 35  | Verein. Glanzstoff-F. | 114.50  |
|      |                        |        | 36  | Verein. Glanzstoff-F. | 783.00  |
|      |                        |        | 37  | Verein. Glanzstoff-F. | 470.00  |
|      |                        |        | 38  | Verein. Glanzstoff-F. | 408.71  |
|      |                        |        | 39  | Westeregen            | 297.50  |
|      |                        |        | 40  | Zellstoff Waldhof     | 435.00  |
|      |                        |        | 41  | Hamb.-Amer.-Pakett    | 170.80  |
|      |                        |        | 42  | Hansa-Dampfschiff.    | 00.00   |
|      |                        |        | 43  | Norddeutscher Lloyd   | 15.00   |
|      |                        |        | 44  | Schantung-Eisenh.     | 551.00  |
|      |                        |        | 45  | Türk. Tabakregie      | 1135.00 |
|      |                        |        | 46  | Osavi Minen           | 468.00  |
|      |                        |        | 47  | Geusschels            | 420.25  |

#### Der Markkurs im Ausland.

Dz. Mainz, 24. Juni. Die Mark war auch heute im allgemeinen abgeschwächt. Infolgedessen konnten sich die Notierungen im Berliner Devisenverkehr mäßig erhöhen, so Amsterdam um ¼, Schweiz um 13, Paris um 2, New-York um ½ und London um ungefähr 1 Punkt, wogegen Brüssel und Italien um 2 bzw. 3½ Punkte niedriger notierten. In Amsterdam notierte die Mark um 1½ Punkte und in Zürich um 10 Punkte niedriger.

#### Industrie und Handel.

\* Deutsche Werft Akt.-Ges., Hamburg. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein Betriebsergebnis von 9.932.801 (445.524) M. erzielt. Abschreibungen erfordern 6.964.438 (2.719.454) M. Nach Deckung des Verlustvortrages von 2.276.097 M. verbleibt ein Überschuß von 692.373 M., aus dem 148.423 M. dem gesetzlichen Reservefonds zugewiesen und der Rest vorgetragen werden soll. Die Neuaufträge sichern Beschäftigung bis mindestens Mitte 1922.

\* Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“ in Hamburg. In der Generalversammlung wurde die Dividende für 1916 bis 1920 auf zusammen 20 Proz. festgesetzt. Hierfür wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 40 Millionen M. Stammaktien und 24 Millionen M. 5proz. Vorzugsaktien auf 84 Millionen M. genehmigt.

### Die Leistungsfähigkeit

des Mannes im Beruf, der Frau im Hause, des Kindes in der Schule stützt sich auf kraftvolle Gesundheit. Continental-Gummiabsätze tragen erheblich hierzu bei. Leichter elastischer Gang, dadurch Schonung der Nerven und Füße, das sind ihre großen Vorzüge gegenüber Leder. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

### Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

F 154

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptkreditgeber: Dr. Seitz & Co.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Seitz & Co.; für den literarischen Teil: Dr. Seitz & Co.; für den lokalen und provinziellen Teil: Dr. Seitz & Co.; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: Dr. Seitz & Co.; für die Anzeigen und Bekanntmachungen: Dr. Seitz & Co.

Erscheinung der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Festhalten am bewährten Alten in der Zusammenstellung der Mischungen und frisches Ergreifen jeder technischen Verbesserungsmöglichkeit in der übrigen Fabrikation sind die Grundsätze der Zigarettenfabrik

# ZURMAYEN

Trier und Saarbrücken.